

Wege aus der queeren Wohnungsnot ermöglichen: JETZT

LSBTIQ+ sind in Berlin weiterhin überproportional von Wohnungsnot betroffen.¹ Sie benötigen queer-sensible Angebote der Wohnungsnotfallhilfe und mehr Zugänge zu selbstbestimmtem Wohnen – sei es in selbstorganisierten Wohnprojekten oder zur Miete in queer-freundlichen Wohnangeboten. Diese fehlen in Berlin nach wie vor ebenso wie queer-sensible Notunterkünfte und Kältehilfeangebote! Der AK QUEER* WOHNEN und der AK Wohnungsnot fordern daher gemeinsam Allianzen für queere Menschen, die von Wohnungsnot bedroht oder betroffen sind: JETZT!

1. (Queer-sensible) Unterkünfte für LSBTIQ+, die im Rahmen des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG Berlin) versorgt werden, müssen besser politisch geschützt werden. Ein Beispiel: Der CASA LIBRE, einer von der Home&Care Mariendorf GmbH getragenen Gemeinschaftsunterkunft für queere* Wohnungslose droht aktuell die Schließung wegen Zweckentfremdung von Wohnraum. Das zeigt einmal mehr: Wo gemeinwohlorientierte, qualifizierte Träger ASOG-Unterbringungen anbieten, muss eine Aufhebung des Zweckentfremdungsverbots von Wohnraum politisch durchgesetzt werden!

Die Bezirke sind darüber hinaus aufgefordert, in kritischen Situationen zügig und kooperativ zu handeln, im Sinne der Teilhabe queerer Lebenswelten, von Inklusion und des Menschenrechts auf Wohnen. Dies gilt auch für die Förderung und den Schutz queer-sensiblen Trägerwohnens: JETZT.

Dazu Tomi Blum (ASPIES e.V.): „Das System sortiert Menschen aus, statt sie aufzufangen. Niemand darf als Kollateralschaden zurückgelassen werden. Unterstützung muss bleiben – Rechte müssen gelten.“

2. Die Umsetzung der Strategie für gesamtstädtische Unterbringung (GStU) ist weiterhin erst im Mitzeichnungsverfahren im Abgeordnetenhaus. Dies gefährdet die wegbereitende Arbeit der queeren Community im Bereich von ASOG-Unterkünften massiv.

Der Senat ist aufgefordert, JETZT darzulegen, dass alle zugesagten Maßnahmen der GStU im Jahr 2026 gesichert umgesetzt werden. Dabei muss eine gute Ausstattung auch für queere Personen Standard sein.

3. Aktuell konnten ein Projekt selbstorganisierten queeren Wohnens (Tuntenhaus) und eine Notunterkunft für Frauen (Evas Obdach) nur durch eine Ausübung des Vorkaufsrechts vor dem Aus durch Verdrängung gerettet werden. Für das Tuntenhaus übte das Vorkaufrecht die Stiftung Edith Maryon in Kooperation mit Senat und Bezirk aus, für Evas Obdach das Land Berlin. Dieser Ansatz ist zielführend, so er von gemeinwohlorientierten Akteur*innen umgesetzt wird, also z.B. landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, dem Mietshäuser Syndikat oder Stiftungen.

Kleine Genossenschaften müssen für solche Verfahren und für queer-sensible Angebote im Neubau gestärkt werden. Für den Neubau hat das Bündnis junger Genossenschaften dem Senat bereits Anfang 2025 dargelegt: Bestehende Konzeptverfahren müssen an die ökonomischen Realitäten junger Genossenschaften angepasst werden. Wenn sie im Konzeptverfahren einen Zuschlag erhalten, müssen sie auch zügig Förderung erhalten – nicht

¹ LSBTIQ+: Dieses Akronym für Lesben, Schwule, Bi+, Trans, Inter, Queer, ... bildet nicht alle Zielgruppen des AK eindeutig ab. Unterschieden werden soll zwischen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten. Der aktuellen Diskussion zufolge fehlen weitere gender und Sexualität wie nonbinär, pansexuell, asexuell, aromantisch, etc.

zuletzt, um mehr queere und queer-sensible Projekte zu ermöglichen. Der Senat und die JBB sind daher dringend aufgefordert, zu handeln: JETZT!



4. Wertvolle Wegbereitung der queeren Community und der queer-sensiblen Träger für selbstbestimmtes queeres Wohnen in allen Lebenslagen droht aktuell dem Rotstift der Haushaltskürzungen zum Opfer zu fallen. Das betrifft auch die Arbeit der gut 40 Organisationen, die im AK QUEER*WOHNEN zusammenarbeiten.

Der Senat ist daher aufgefordert, JETZT alle Kürzungen bei sozialen Projekten und Trägern zurückzunehmen – nicht nur im queeren Bereich. Sie sind #unkürzbar, damit Berlin sozial bleibt!



Teilnehmende des Fachtags des AK QUEER*WOHNEN: Queere Wohnungsnot beenden: JETZT!
10.10.2025 im Haus der Statistik © QUEERHOME*

Pressekontakt: Kathrin* Schultz, queerhome@sonntags-club.de, Tel. 0176-34129018, Sonntags-Club e.V., Greifenhagener Str. 8, 10437 Berlin